

Soziale Dimension der Globalisierung

Verantwortung für alle gesellschaftlichen Akteure

Mit der Globalisierung steigen auch die Herausforderungen für und Erwartungen an Unternehmen, wie auch alle anderen gesellschaftlichen Akteure, die soziale Dimension der Globalisierung bei ihren Aktivitäten mit zu berücksichtigen und mit zu gestalten. Eine besondere Rolle fällt dabei unter anderem der ILO zu.

Für die Koordinierung und Steuerung dieser politischen Aufgabe ist die ILO (International Labour Organisation) am besten geeignet. Sie ist die internationale Organisation in der Familie der Vereinten Nationen, die aufgrund ihrer dreigliedrigen Struktur (Regierungen, Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen haben Stimmrecht) die Möglichkeit hat, praxisnahe Politik zu entwickeln, die zur Schaffung von menschenwürdiger Arbeit vor Ort beiträgt. In der politischen Prioritätensetzung muss das bedeuten, dass die ILO weiterhin Konzepte entwickelt, mit denen u. a. die Millionen von Menschen in Entwicklungs- und Schwellenländern angesprochen werden, die sich in „informellen“ Beschäftigungsverhältnisse befinden. In Lateinamerika findet 50 Prozent der Beschäftigung im informellen Sektor statt, in Afrika sogar 80 Prozent. Dafür müssen die Regierungen ein Umfeld schaffen, in dem Unternehmertum und Unternehmensgründungen in nachhaltiger Weise mit stabilen Rahmenbedingungen möglich sind und auch gefördert werden.

Die BDA beeinflusst die Arbeit der ILO durch ihre Mitarbeit im Verwaltungsrat und bei der jährlich stattfindenden internationalen Arbeitskonferenz. Sie unterstützt die ILO dabei, ihr Profil weg von einer rein normensetzenden Organisation zu entwickeln, deren Übereinkommen von immer weniger Ländern ratifiziert werden. Die BDA ist überzeugt, dass die ILO nur dann langfristig überlebensfähig ist, wenn sie lernt, ihre einzigartige dreigliedrige Zusammensetzung und die damit verbundene besondere Expertise für praxistaugliche Entwicklungsprojekte vor Ort zu nutzen. Wenn die ILO-Mitglieder fortfahren, einen Friedhof mit immer neuen nicht ratifizierten Übereinkommen zu produzieren, wird langfristig die Glaubwürdigkeit der ganzen Organisation leiden.

Die Wirtschaft trägt zur sozialen Entwicklung bei

Die besondere Rolle, die die Wirtschaft bei der Schaffung menschenwürdiger Arbeit und der Armutsbekämpfung spielen kann, wird zunehmend von der Politik auf internationaler Ebene erkannt. International tätige Unternehmen schaffen im Rahmen ihrer Direktinvestitionen im Ausland Arbeitsplätze und ermöglichen höhere Sozialstandards, mehr Umweltschutz, bessere Bildung und damit insgesamt eine Erhöhung des Lebensniveaus der Menschen und mehr Wohlstand in den jeweiligen Ländern. Der Employment-Outlook 2008 der OECD hebt den positiven Effekt von Auslandsdirektinvestitionen multinationaler Unternehmen auf die soziale Entwicklung und Arbeitsbedingungen explizit hervor und belegt diesen mit aktuellen Zahlen. Zudem übernehmen immer mehr Unternehmen im Rahmen ihres freiwilligen Engagements Verantwortung für die Verwirklichung der „Decent Work“-Prinzipien vor Ort. Corporate Social Responsibility (CSR) beschreibt dieses Engagement mit dem multinationale Unternehmen versuchen, teils auch im Rahmen von Public-Private Partnerships oder gemeinsam mit Nichtregierungsorganisationen, einen Beitrag zur sozialen Entwicklung und für eine bessere Umwelt zu leisten.

Politik muss Rahmenbedingungen schaffen

Doch für ein solches Engagement müssen auch die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft stimmen. Hier kommt den Regierungen eine maßgebliche Rolle zu. Das Verhalten der Nationalstaaten als globale Akteure ist der entscheidende Bestimmungsfaktor für die Qualität der

Weltordnungspolitik. Deshalb sind gute politische Entscheidungsstrukturen, auf der Grundlage eines demokratischen politischen Systems erforderlich. Dies schließt die Achtung der Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und soziale Gerechtigkeit sowie einen effizienten Staat, der ein hohes und stabiles Wirtschaftswachstum gewährleistet, ein. Das sind die Grundlagen für die Integration in die Weltwirtschaft. Das heißt für die Entwicklungspolitik, sie muss sich auf die Schaffung von „Good governance“ konzentrieren, und zwar sowohl auf nationaler Ebene, wie auch auf regionaler und kommunaler Ebene.